

Vier Fragen

Goldstadtfieber



Die Resonanz auf das Goldstadtfieber war gut, doch wünschlos glücklich ist man noch nicht. WSP-Direktor Oliver Reitz (Foto: Stefan Friedrich) will das Event weiterentwickeln.

„Zugang zu Meile dosieren“

Mit der Resonanz auf das Goldstadtfieber sind Sie seitens des WSP zufrieden, ähnlich positiv äußerten sich Besucher. Gab es auch Kritikpunkte?

Reitz: Es gab einzelne Gäste, die ein großes Bühnenprogramm vermissen. Dies war jedoch aufgrund der Corona-Auflagen nicht umsetzbar. Auch auf Imbissstände im öffentlichen Raum hatten wir verzichtet. Hier lag ein zusätzlicher Beweggrund darin, dass wir den in den letzten Monaten arg gebeutelten Restaurants keine vermeintlichen Wettbewerber quasi vor die Tür setzen wollten.

Leute sollten sich „dezentral und kleinteilig verteilen“. Das mag in Geschäften funktioniert haben, aber auf der Antikmeile war es sehr voll. Lässt sich das künftig besser steuern?

Reitz: Der starke Andrang dort zeigt, dass man solche Flächen separat durch Absperrungen eingrenzen und den Zugang reglementieren beziehungsweise dosieren muss. Zu bewerkstelligen wäre dies dann durch den Betreiber der Antikmeile. Mit Blick auf die Weihnachtsmärkte favorisiert das Land nun die „Armband-Lösung“. Damit soll eine Alternative zur Umzäunung ermöglicht werden, ohne auf die 3G-Nachweise zu verzichten.

Wie wird das nächste Goldstadtfieber aussehen?

Reitz: Das Goldstadtfieber musste auch unabhängig von Pandemie-Auflagen weiterentwickelt werden. Wir werden gemeinsam mit dem Einzelhandel und unseren Kooperationspartnern erörtern, wie dieses Format, aber auch andere und durchaus auch neue Events in die Zukunft weiten können. Ich denke, dass die Zeiten vorbei sind, in denen man jedes Jahr eine Schublade aufmacht und das Veranstaltungsformat des Vorjahres 1:1 wieder hervorholt.

Aus dem Einzelhandel kam der Wunsch nach einem zweiten verkaufsoffenen Sonntag in diesem Jahr. In einigen Städten gab es das innerhalb kurzer Zeit. Ist in Pforzheim was geplant?

Reitz: Anzahl und Terminfestlegung der verkaufsoffenen Sonntage obliegen der Entscheidung des Gemeinderats. Berücksichtigt werden dabei nicht zuletzt auch die Belange der Kirchen und der Gewerkschaften. Aus dem Einzelhandel gibt es Stimmen, die lieber wieder lange Einkaufsabende umsetzen würden. Seitens des WSP sind wir hierfür sehr offen, doch bedarf es bei solchen wiedereingeführten Aktionen eines breiten Kreises an beteiligten Geschäften. dia

Vollsperrung in Gabelsbergerstraße

PK – In der Gabelsbergerstraße muss zwischen Gellertstraße und Haldenweg ein Schacht neu gebaut werden. „Der Neubau erfolgt in offener Bauweise, im Anschluss wird in geschlossener Bauweise ohne Aufgrabungen ein sogenannter Schlauchliner in den Kanalabschnitt eingezogen“, teilt die Stadt Pforzheim mit. Die Bauarbeiten finden unter Vollsperrung statt und dauern ab Mittwoch, 13. Oktober, voraussichtlich eine Woche. Der Anliegerverkehr ist von beiden Seiten bis zur Baustelle gewährleistet, eine Durchfahrt ist jedoch nicht mehr möglich. Die Arbeiten in grabenloser Sanierung erfolgen zeitnah im Anschluss, wofür nur eine halbseitige Sperrung der Straße erforderlich wird.



Open-Air-Kino auf der A8: Das Kommunale Kino in Pforzheim hat kürzlich bundesweit für Schlagzeilen gesorgt mit einem Filmabend auf der Autobahn. Foto: Uli Deck/dpa



Vielfältiges Angebot: Das KoKi erfüllt nach eigenem Selbstverständnis einen wichtigen Bildungsauftrag und auch integrative Aufgaben. Foto: Stefan Friedrich

Kommunales Kino sendet Hilferuf an die Stadt

Zuschauerflaute und Konkurrenz setzen dem Haus zu / Projekte für Kinder und Jugend in Gefahr

Von unserem Redaktionsmitglied Claudia Kraus

Zwar sind die Kinos seit einiger Zeit wieder geöffnet. „Aber die Zuschauerzahlen sind deutlich schwächer als vor der Pandemie“, sagt Geschäftsführerin Christine Müh zur Lage im Kommunalen Kino (KoKi). Kürzlich hatte ihr Team mit dem Open-Air-Kino auf der gesperrten Autobahn Cineasten einen unvergesslichen Abend geboten. Doch das schmälert die Misere nicht.

„Unser wirtschaftlicher Druck ist sehr, sehr hoch.“ So hoch, dass Müh befürchtet, künftig nicht mehr die Bandbreite aus soziokulturellen, integrativen und Bildungsaufgaben abdecken zu können. Aber es sind auch diese, die das KoKi für viele Pforzheimer zu einem Aushängeschild der Stadt machen. Müh selbst nennt es das Herz des Kinos, „diese Arbeit macht uns aus“.

Neben der erneuten monatelangen Schließung in diesem Jahr erschwert die Konkurrenz aus Streamingdiensten und geänderter Programmgestaltung der Geiger-Kinos die wirtschaftliche Situation des KoKi. Seitdem Rex und Cineplex ihr kommerziell ausgerichtetes Programm um den Filmkunst- oder Arthouse-Sektor erweitert haben, hat sich die finanzielle Situation weiter zugespitzt. Solche Filme, darunter Spiel- wie Dokumentarfilme und besonders zugkräftige Streifen wie „Nomadland“, „Fabian“, oder „Die Unbeugsamen“, waren früher fast ausschließlich im KoKi zu sehen und bildeten in den beiden großen Pforzheimer Kinos ein Randsegment. Nun gehören sie auch dort zum Standard. In den modernisierten Sälen des Rex können sie mehrmals täglich und auf verschiedenen Leinwänden gezeigt werden. Während die Filmverleiher davon profitieren, hat das KoKi das

Nachsehen. „Wir bekommen manche Filme gar nicht mehr oder erst lange nach dem offiziellen Kinostart.“

Dass sich kommerzielle Kinos aufgrund der wachsenden Bedeutung von Streaming auch vieler traditioneller Bereiche des Kommunalen Kinos bedienen,

„Ich hätte auch so gehandelt wie die Geigers.“

Christine Müh  
KoKi-Geschäftsführerin

kann Müh nachvollziehen. „Ich hätte auch so gehandelt wie die Geigers.“ Müh betont auch, wie sehr ihr am guten Miteinander mit dem lokalen Kollegen gelegen sei und verweist auf Kooperationen wie das Autokino.

Michael Geiger, der mit Sohn Nicolas Rex und Cineplex betreibt, sagt dazu: „Wir haben schon immer Arthouse-Filme gespielt, aber im normalen Programm sind sie vermutlich untergegangen.“ Nun habe man sie ins Monatsprogramm eingebettet. Das Publikum für diese Art von Filmen wolle langfristig planen können. „Wir können solche Filme nun gezielt spielen, etwa am Wochenende und abends.“

Im KoKi erwirtschaftet laut Geschäftsbericht eine kleine Zahl von vielleicht 30 zuschauerträchtigen Arthouse-Filmen mehr als die Hälfte des gesamten Ticketerlöses und ermöglicht so, dass auch rund 300 teils defizitäre Filme gezeigt werden können. Daher schmerzt diese Entwicklung Müh und ihr kleines Team besonders: „Wir machen viel, das kein Geld bringt und von Eintrittsgeldern gegenfinanziert wird.“ Doch die gehen nun zurück.

Es ist aber auch die besondere Einnahmenstruktur, die sich jetzt in der existenz-

ziellen Krise rächt: 75 Prozent erwirtschaftet das KoKi selbst, die übrigen 25 Prozent setzen sich aus Zuschüssen zusammen, von denen die Stadt Pforzheim knapp die Hälfte beisteuert. Ein Vorstoß bei der Verwaltung, mehr Geld zu bekommen, sei bislang auf taube Ohren gestoßen, sagt Müh. Im Kulturausschuss im Frühjahr fand die KoKi-Chefin dagegen Zuspruch. Eine große Mehrheit der Mitglieder bekundete Solidarität und befürwortete eine als notwendig erachtete Erhöhung. Es geht um 35.000 Euro. Und auf jeden Euro Zuschuss der Stadt legt das Land bisher 50 Cent drauf. Aber das Land habe nun Kürzungen angedroht.

Müh führt an, dass sich der städtische Zuschuss in den vergangenen 20 Jahren kaum verändert hat: 1991 waren es knapp 54.000 und zuletzt 67.000 Euro. Von dieser Summe überwies das KoKi 50.000 Euro Mietkosten an die Stadtbau als Eigentümerin der Immobilie am Schoss-park. In Freiburg sei der kommunale Zuschuss erhöht worden um jenen Betrag, den das KoKi jährlich von der Stadt Pforzheim erhalte. „Und Heidelberg bekommt von vornherein das Doppelte.“ Würde die Stadt künftig ihren Zuschuss auf 100.000 Euro erhöhen, so könne das KoKi zumindest die Hälfte seiner Raum- und Personalkosten decken. Müh räumt ein: „Wir haben nie um Geld gebeten.“ Bislang habe es dafür keine wirtschaftliche Notwendigkeit gegeben. „Aber jetzt kommt das Geld nicht mehr einfach so herinspaziert in Form von Publikum.“ Nun will Müh auf die Fraktions-sprecher im Gemeinderat zugehen. Sie weiß auch: „Wir müssen neue Geldquellen erschließen“ und denkt dabei an Firmen. Immerhin: Der Förderverein ist in der Krise um 50 auf rund 150 Mitglieder angewachsen.

Hintergrund

2019 gab es im KoKi 1.283 Vorstellungen, im ersten Pandemiejahr 2020 waren es 913: Die Zahl der zahlenden Besucher reduzierte sich um mehr als die Hälfte, von 44.000 (2019) auf rund 20.400 (2020). Der Erlös aus Eintrittskarten ging von 275.000 Euro im Jahr 2019 auf rund 178.000 Euro zurück.

Im Jahr 2021 erreichte das KoKi bislang 7.690 Gäste – nochmals rund 30 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2020. Laut Müh erreichten die deutschen Arthouse-Kinos im Wiedereröffnungsmont Juli im Schnitt 150

Prozent mehr Zuschauer als 2020, im KoKi lag die Zahl entgegen dem Trend mit insgesamt nur 914 Zuschauern rund 20 Prozent unter dem Vorjahr, im August trotz Open Airs sogar um 50 Prozent.

Das KoKi bietet zu vielen Vorstellungen Sonderprogramme: Filmgespräche, Diskussionen mit Regisseuren, Einführungen mit Veranstaltungspartnern und vieles mehr. Ein Schwerpunkt liegt auf Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Von den 334 Filmen, die 2019 gezeigt wurden, fielen auf diese Zielgruppe rund 130 Filme, die durch diverse betreute Projekte ergänzt wurden. dia

Eltern kritisieren CDU-Stadtrat

Betreuungskosten: Heftige Reaktionen auf Forderung im Hauptausschuss / Gebührenmodell nicht gekannt?

str. Für einigen Wirbel haben Äußerungen des Pforzheimer Stadtrats Martin Erhardt (CDU) gesorgt, der in der jüngsten Sitzung des Hauptausschusses die Erhöhung von Kita-Gebühren für Beserverdienende forderte. Dabei hatte der unlängst nachgerückte Rat womöglich nicht im Blick, dass im Januar ein neues Beitragsmodell eingeführt worden war.

Sehr zum Ärger von Elternvertretern wie Nicole Gaidetzka vom Gesamtelternbeirat für die Pforzheimer Kindertageseinrichtungen (GEPK). „Ich frage mich, hat sich der Stadtrat zunächst im Vorfeld überhaupt mit dem Gebührenmodell beschäftigt? Wie will er Gebühren erhöhen, die prozentual am Gehalt der Eltern bemessen werden, und hat er sich vorher mal mit seinen Stadtratskollegen der CDU unterhalten?“, kommentierte die GEPK-Vertreterin den Kurier-Beitrag auf Facebook. Die Elternvertreterin, die politisch bei den „Unabhängigen Bürgern“ aktiv ist, bemerkte zudem mit Blick auf die stufenweise Einführung des neuen Modells, die CDU-Ratsfraktion habe „doch selbst die Anhebung der Bemessungsgrenze zeitlich gestreckt“.

Auch weitere Kommunalpolitiker beteiligten sich an der Debatte. So meldete sich die FDP-Stadträtin Monika Deschermes in der Facebook-Gruppe „Du bisch en echde Pforzemer ...“ zu Wort,

nachdem dort zahlreiche Diskussions-teilnehmer ihr Unverständnis über den Vorschlag zum Ausdruck gebracht hatten. Schließlich sei die Kita-Nutzung in manchen Bundesländern, etwa im benachbarten Rheinland-Pfalz, sogar kostenlos, wurde bemerkt. Rätin Deschermes wollte für Beruhigung sorgen und

ordnete die Äußerungen ihres CDU-Kollegen vor dem Hintergrund der „besorgniserregenden finanziellen Zukunft unserer Stadt“ ein. Über das neue Gebührensystem sei er „offensichtlich“ nicht informiert gewesen. Eine gebührenfreie Kinderbetreuung sei in Pforzheim allerdings nicht leistbar, befand Deschermes.



Wirbel um Kita-Gebühren: Ein Vorschlag aus den Reihen der CDU zur Erhöhung von Kita-Gebühren sorgt für Unverständnis. Symbolbild: Friso Gentsch/dpa

Die Wortmeldung der FDP-Rätin nahm wiederum Freie-Wähler-Stadtrat Carol Braun zum Anlass, die Ratskollegin auf die Reaktion des städtischen Sozialdezernenten Frank Fillbrunn in der besagten Sitzung hinzuweisen – mitsamt einem kleinen Seitenhieb. Braun kommentierte: „Bürgermeister Fillbrunn hat ihm ja dann erklärt warum das nicht so einfach ist die Gebühren zu erhöhen, aber leider war von der FDP niemand im Hauptausschuss, sonst müsste man das hier nicht noch mal diskutieren.“

Eine Art Online-Schlusswort sprach Henry Wiedemann. Der ehemalige SPD-Stadtrat – aktuell auf dem ersten Nachrück-Platz – befand: „Hey Leute, bitte keine Grundsatzdiskussion auf einer Meta-Ebene.“ Der neue Stadtrat habe diesen Vorschlag konkret geäußert, was allerdings „weit von der Realität und der Bevölkerung entfernt“ sei. Wiedemanns Fazit: „Einfach nur peinlich.“

Bei der CDU nimmt man den Wirbel gelassen. Der frühere Rektor der Hochschule Pforzheim war erst am 27. Juli für den verstorbenen langjährigen Stadtrat Wolfgang Schick nachgerückt. Fraktionschefin Marianne Engeser: „Wir haben das intern besprochen. Die Neuregelung war unserem neuen Stadtrat nicht gewärtig.“ Klar sei auch: Kita-Gebühren könnten niemals kostendeckend sein.